



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

Elektronischer Versand:

An alle Strom- und/oder Gasnetzbetreiber
in der Zuständigkeit der Landesregulierungs-
behörde Baden-Württemberg

Stuttgart 02.10.2015

Name Sandra Maier

Durchwahl 0711 126-1247

E-Mail LRegB@um.bwl.de

Aktenzeichen 4-4455.3

(Bitte bei Antwort angeben!)

Nachrichtlich:

VfEW Baden-Württemberg e.V.

VkU Landesgruppe Baden-Württemberg



Rundschreiben 2015/03

Mitteilungspflichten nach § 28 Nr. 1, 3 und 4 ARegV

Anlagen

2 Prüflisten

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Anpassung der Erlösobergrenze und bei den Mitteilungspflichten nach § 28 Nr. 1, 3 und 4 ARegV sind nachfolgende Hinweise der Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg (LRegB) zu beachten.

Anpassung der Erlösobergrenze nach § 28 Nr. 1 ARegV

Die nach § 4 Abs. 3 ARegV verpflichtend vorzunehmende Anpassung der Erlösobergrenze ist der LRegB gemäß § 28 Nr. 1 ARegV zum **01.01.2016** mitzuteilen. Hierzu hat die LRegB einen entsprechenden Erhebungsbogen, jeweils für Strom und Gas,

auf ihrer Internetseite (<http://www.versorger-bw.de/versorger-in-baden-wuerttemberg/hinweise-erhebungsboegen/downloads.html>) veröffentlicht.

Es wird allen Netzbetreibern empfohlen, ein internes Regulierungskontoblatt zu führen, worauf die auszugleichenden Zu- und Abschläge vermerkt sind, damit später ein erleichterter Abgleich mit den Buchungen bei der LRegB erfolgen kann.

Die ausgefüllten Erhebungsbögen nach § 28 Nr. 1 ARegV sind der LRegB in **elektronischer** Form (als Excel-Datei per CD/DVD oder E-Mail) **und** in **Schriftform** samt den entsprechenden **Nachweisen** jeweils bis zum 01.01.2016 vorzulegen. Die elektronische Übermittlung per E-Mail ist an die Adresse **LRegB@um.bwl.de** zu senden.

Für die angepassten Ansätze der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten sind die **Berechnungen** nachvollziehbar darzulegen und geeignete **Nachweise** (Rechnungskopien) vorzulegen.

Ermittlung der Netzentgelte nach § 28 Nr. 3 und 4 ARegV

Zur Erfüllung der Mitteilungspflicht gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV sind die Netzentgelte einschließlich der Verprobungsrechnung(en) über das Versorgerportal Baden-Württemberg elektronisch (<https://www.versorger-bw.de/anbieter-anmeldung/>) bis zum **01.01.2016** mitzuteilen. Neben dieser elektronischen Datenübermittlung ist auch die **schriftliche Dokumentation der Entgeltbildung** einschließlich des vollständigen Prüfberichts des Wirtschaftsprüfers zum Jahresabschluss 2014 nebst allen Ergänzungsbänden (soweit nicht bereits vorgelegt) gemäß § 28 Strom- bzw. GasNEV sowie das jeweilige veröffentlichte Preisblatt bis ebenfalls zum 01.01.2016 vorzulegen.

Die Eingabe der Netzentgelte in das Versorgerportal ist nur möglich, sofern die entsprechenden Vorjahresdaten von der LRegB bereits freigeschaltet worden sind. Ansonsten ist zunächst keine Eingabe weiterer Werte möglich.

Sollte noch keine Freischaltung der Vorjahresdaten durch die LRegB erfolgt sein, so sind die Mitteilungen gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV **in schriftlicher Form zum 01.01.2016** vorzulegen und die Verprobungsrechnung im Versorgerportal nach Freischaltung der Vorjahreswerte durch die LRegB nachzureichen. Die LRegB wird die Netzbetreiber informieren, sobald im Einzelfall die Eingabe im Versorgerportal möglich ist.

Als Anlagen stellt die LRegB zwei Prüflisten zur Verfügung. Diese Listen dienen als Orientierungshilfe für eine vollständige und korrekte Erfüllung der Mitteilungspflichten gemäß § 28 Nr. 1 sowie Nr. 3 und 4 ARegV.

Bei Unklarheiten oder zur Vermeidung von späteren Beanstandungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Anpassung der Erlösobergrenze steht es den Netzbetreibern frei, sich mit der LRegB vorher abzustimmen.

Im Folgenden sind zu einzelnen regulierungsrechtlichen Aspekten noch nähere Hinweise und Anmerkungen dargestellt:

I. Zur Anpassung der Erlösobergrenze

1 Verbraucherpreisgesamtindex

Der Verbraucherpreisgesamtindex für das Jahr 2014 wurde auf 106,6 festgesetzt (vgl. Veröffentlichung des Statistischen Bundesamt, Verbraucherpreisindex für Deutschland). Der Netzbetreiber **muss** daher den bisherigen Ansatz gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ARegV auf 106,6 anpassen.

2 Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen

Bei der Berechnung der Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen („vorgelagerte Netzkosten“) ist auf die für das Kalenderjahr 2016 maßgeblichen Netzentgelte bzw. die veröffentlichten voraussichtlichen Netzentgelte des vorgelagerten Netzbetreibers abzustellen. Soweit diese nicht bekannt sein sollten, sind die Entgelte des Jahres 2015 anzusetzen.

Der Ermittlung des Kostenansatzes für das vorgelagerte Netz sind grundsätzlich die Ist-Mengen des Jahres 2014 zugrunde zu legen.

Abweichungen hiervon sind in der schriftlichen Dokumentation einschließlich der jeweiligen Herleitung des Planansatzes für das Jahr 2016 darzulegen. Diese Planansätze sind auch in der Verprobungsrechnung nach § 20 StromNEV bzw. § 16 GasNEV anzusetzen. Die der Verprobungsrechnung zugrunde zu legende Menge ergibt sich somit aus der Summe der eingespeisten Menge abzüglich der Verlust-

energiemenge. Zu letzterer sind in der Dokumentation gesonderte Angaben erforderlich. Erhebliche prognostizierte Verlustenergiemengen ($> 4\%$) sind zu begründen.

3 Vorgehensweise bei noch laufenden regulatorischen oder gerichtlichen Verfahren

Bei noch laufenden regulatorischen oder gerichtlichen Verfahren, beispielsweise bei Anträgen auf Genehmigung eines allgemeinen Erweiterungsfaktors, eines Härtefallantrags oder Investitionsmaßnahmen sieht die LRegB grundsätzlich keine Zulässigkeit, diese seitens des Netzbetreibers bei der Anpassung der Erlösobergrenze einzubeziehen. Eine Berücksichtigung solcher Anträge wird jedoch nicht beanstandet, soweit die LRegB in einem Anhörungsschreiben mitgeteilt hat, entsprechende Beträge voraussichtlich anzuerkennen. Die sich im Falle einer nachträglichen Genehmigung bzw. Festlegung oder nachträglichen gerichtlichen Entscheidungen ergebenden Abweichungen sind **über das Regulierungskonto** abzuwickeln.

Abweichend hiervon ist im Falle eines beantragten EEG-Erweiterungsfaktors, über den seitens der LRegB noch nicht entschieden wurde, zu verfahren. Dieser ist in der beantragten Höhe einzubeziehen. Ebenso ist bei (Teil)Netzübergängen zu verfahren, soweit bei der LRegB bereits ein gemeinsamer Antrag der beteiligten Netzbetreiber nach § 26 Abs. 2 ARegV gestellt worden ist. Auch sofern die LRegB den betroffenen Netzbetreibern im Regelverfahren die Zu- oder Abschläge auf die Erlösobergrenzen nach Maßgabe des § 19 ARegV (Qualitätselement) bereits formlos mitgeteilt hat, sind diese bei der Anpassung der Erlösobergrenze einzubeziehen. Etwaige Abweichungen gegenüber den förmlichen Festlegungen werden in diesen Fällen über das Regulierungskonto nach § 5 ARegV abgewickelt.

4 Besonderheiten bei Stromnetzen

4.1 Entgelte nach § 19 Abs. 3 StromNEV

Im Zuge einer Angleichung der Regulierungspraxis der Regulierungsbehörden werden fortan die Kosten für die singulären Betriebsmittel wie die Kosten für das vorgelagerte Netz behandelt.

4.2 Netzbetreiber gleicher Spannungsebene

Bei der Ermittlung der vorgelagerten Netzkosten ist weiterhin das gemeinsame Positionspapier der Landesregulierungsbehörde und der damaligen EnBW Regional AG vom 17.11.2010 zur Kostenwälzung nach § 14 StromNEV "Netzbetreiber gleicher Spannungsebene" maßgebend. Dieses ist sinngemäß auch auf andere vorgelagerte Netzbetreiber anzuwenden und kann auf der Internetseite der LRegB abgerufen werden (<http://www.versorger-bw.de/versorger-in-baden-wuerttemberg/hinweise-erhebungsboegen/downloads>).

Ergibt sich aus dem Positionspapier ein entsprechender Nachlass, muss mindestens dieser bei der Berechnung der vorgelagerten Netzkosten (unabhängig davon, ob eine entsprechende Vereinbarung mit dem vorgelagerten Netzbetreiber getroffen wurde) berücksichtigt werden. Sollte der vorgelagerte Netzbetreiber nicht bereit sein, eine entsprechende Vereinbarung basierend auf dem Positionspapier abzuschließen, bittet die LRegB um eine entsprechende Mitteilung. Soweit tatsächlich noch höhere Nachlässe als nach dem Positionspapier gewährt werden, sind die tatsächlichen Entgelte maßgebend.

4.3 Berechnung der vermiedenen Netzentgelte

Bei der Berechnung der Kosten aus vermiedenen Netzentgelten nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 ARegV reicht eine vereinfachte Ermittlung der vorgelagerten Netzkosten samt vermiedener Netzentgelte anhand der Gesamthöchstlast des Netzes nicht aus. Vielmehr sind die Kosten für die vermiedenen Netzentgelte separat anhand der jeweiligen Vermeidungsarbeit und -leistung zu ermitteln. Dabei sind unabhängig von den tatsächlichen Benutzungsstunden die Entgelte ≥ 2.500 h/a anzusetzen (vgl. hierzu auch die Anlage 1 zu den Hinweisen hinsichtlich der Anpassung der Erlösobergrenze 2016 der Bundesnetzagentur; abrufbar auf deren Internetseite unter folgendem Link: http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Netzentgelte/Strom/Erloesobergrenzen/erloesobergrenzen-node.html).

Bei Versand dieses Rundschreibens auf der Internetseite der Bundesnetzagentur noch nicht aktualisiert.

4.4 Kosten für die Nachrüstung von Wechselrichtern nach § 10 Abs. 1 SysStabV sowie Kosten und Erstattungen nach § 22 SysStabVO

Bezüglich des Kostenansatzes ist auf das Kalenderjahr abzustellen, auf das die Erlösobergrenze Anwendung finden soll.

Bei der Einbeziehung von Kosten nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 ARegV wird die LRegB einen Kostenansatz von bis zu 300,- € je Nachrüstung eines Wechselrichters gem. § 10 Abs. 1 SysStabV nicht beanstanden. Die Kosten von 300,- € je Nachrüstung eines Wechselrichters stellen bereits einen hälftigen Ansatz dar.

Die Ermittlung der Kosten und Erstattungen nach § 22 SysStabVO muss auf Basis gesicherter Erkenntnisse beruhen, wobei die entsprechenden Ansätze näher zu begründen sind. Die LRegB geht grundsätzlich davon aus, dass sich die Kosten und Erstattungen nach § 22 SysStabVO bei Verteilernetzbetreibern ausgleichen.

Die LRegB wird über das Regulierungskonto nicht nur einen Plan-Ist Mengenabgleich vornehmen, sondern auch einen Kostenabgleich, ggf. unter Berücksichtigung einer Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 4b ARegV.

4.5 Referenzpreis Verlustenergie (nicht im vereinfachten Verfahren)

Der Referenzpreis gemäß der freiwilligen Selbstverpflichtung BW zur Verlustenergie für die zweite Regulierungsperiode zur Anpassung der Erlösobergrenze 2016 beträgt für die Teilnehmer voraussichtlich 4,3155 ct/kWh. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass die individuellen Anhörungen der jeweiligen Netzbetreiber noch nicht vollkommen abgeschlossen sind. Die LRegB wird zeitnah die förmliche Festsetzung des Referenzpreises – nach Anhörung der betroffenen Netzbetreiber – vornehmen. Vorläufig ist für die Zwecke der Ermittlung der Netzentgelte und zur Anpassung der Erlösobergrenzen zum 01.01.2016 von diesem voraussichtlichen Wert auszugehen.

5 Besonderheiten bei Gasnetzen

Kosten für Lastflusszusagen gelten nicht als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten i.S.v. § 11 Abs. 2 ARegV und dürfen somit nicht im Rahmen der Anpassung der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ARegV als dauerhaft nicht beeinflussbare

Kosten i.S.v. § 11 Abs. 2 ARegV einbezogen werden (BGH, Beschl. v. 06.11.2012, EnVR 101/10).

II. Zur Bildung der Netzentgelte und deren Eingabe im Versorgerportal Baden-Württemberg

1 Allgemeine Hinweise zur Eingabe der Netzentgelte im Versorgerportal Baden-Württemberg

Die über das Versorgerportal mitzuteilenden Netzentgelte sollen das veröffentlichte Preisblatt des jeweiligen Netzbetreibers widerspiegeln. Daher müssen die Daten im Versorgerportal mit den Daten des veröffentlichten Preisblatts übereinstimmen. Dabei ist auch die Vollständigkeit der Angaben von zentraler Bedeutung. Sämtliche angebotenen Entgelte sind deshalb sowohl auf dem veröffentlichten Preisblatt als auch im Versorgerportal anzugeben. Dabei sind auch solche Entgelte aufzuführen, die zwar angeboten werden, bislang allerdings noch nicht nachgefragt worden sind (z.B. bei den Entgelten für den Messstellenbetrieb oder sog. intelligente Zähler).

Bei der Eintragung im Versorgerportal ist im Gasbereich darauf zu achten, dass keine Mehrfachnennungen gleicher Entgelte erfolgen. Hierzu kann es beispielsweise kommen, wenn sich einzelne Angaben in den Rubriken „Entgelte Messung“, „Entgelte Messstellenbetrieb“ und „Entgelte Abrechnung“ in der „Bearbeiten“-Ansicht lediglich im Feld „Bezeichnung“ (Überschrift) unterscheiden, da diese Bezeichnungen bzw. Überschriften später in der „Ergebnisse-Ansicht“ nicht abgebildet werden. Daher wird empfohlen, eine abschließende Durchsicht der einzureichenden Daten in der „Ergebnisse-Ansicht“ vorzunehmen, da die Veröffentlichung auf der Internetseite in dieser Darstellungsform erfolgt.

Neben den Netzentgelten ist im Versorgerportal (unter „Zusammenfassung“) ebenfalls die der Verprobung der Netzentgelte zugrunde gelegte Erlösobergrenze und deren Aufteilung auf die Bereiche „Spannungsebene“ bzw. „Druckebenen“, „Messung“, „Messstellenbetrieb“ und „Abrechnung“ einzutragen.

2 Messsysteme i.S.v. § 21d Abs. 1 EnWG und unterjährige Mess- und Abrechnungsintervalle

Für die nach § 21c EnWG einzubauenden Messsysteme („intelligente Zähler“, „smart meter“) sind entsprechende Entgelte zu bilden und in die Netzentgeltkalkulation aufzunehmen. Des Weiteren sind für Kunden ohne Leistungsmessung nach § 18b StromNZV bzw. § 45 GasNZV i.V.m. § 40 Abs. 3 Satz 2 EnWG Entgelte für Messung und Abrechnung für monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Mess- bzw. Abrechnungsintervalle zu bilden. Diese – je nach Mess- bzw. Abrechnungsintervall – unterschiedlichen Entgelte müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Im Regelfall dürfte eine monatliche Messung bzw. Abrechnung auf ein Jahr hochgerechnet insgesamt das 12fache einer jährlichen Messung bzw. Abrechnung kosten. Ebenso müssen die Abrechnungsentgelte für Kunden mit Leistungsmessung in einem angemessenen Verhältnis zu den Abrechnungsentgelten für Kunden ohne Leistungsmessung stehen. Die Abrechnungsentgelte bei einem monatlichen Abrechnungsintervall zwischen Kunden mit Leistungsmessung und Kunden ohne Leistungsmessung sollten sich demnach nicht wesentlich unterscheiden.

Sofern ein Netzbetreiber auch Messsysteme i.S.v. § 21d Abs. 1 EnWG einbaut, deren Funktionsumfang und Kosten über den Standardzähler hinausgehen, sind auf der Abrechnung für den Messstellenbetrieb zwei Entgeltanteile getrennt auszuweisen:

- a) das Entgelt im Rahmen der regulierten Aufgabe (Entgelt gemäß Preisblatt für Messsystem i.S.v. § 21d Abs. 1 EnWG (Basiszähler))
- b) der Entgeltzuschlag für weitergehende Funktionen des Messsystems im Rahmen wettbewerblichen Handelns.

3 Vorgangsbezogene Abrechnungsentgelte

Nach § 17 Abs. 7 Satz 1 Strom- bzw. GasNEV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 1 ARegV sind – wie bisher auch – lediglich zeitraumbezogene (€ je Zeitraum, z.B. je Jahr) Entgelte für Messung und Abrechnung zulässig. Die Kosten je Kostenstelle sind auf die Summe der Entnahmestellen bzw. Ausspeisepunkte und nicht auf die Anzahl der Vorgänge aufzuteilen. Des Weiteren stellt § 17 Abs. 7 Satz 2 StromNEV bzw. § 17 Abs. 7 Satz 3 GasNEV klar, dass für jede Entnahmestelle bzw. jeden Ausspeisepunkt (und nicht für jeden Vorgang) die Entgelte zu erheben sind. Eine vorgangsbezogene Abrechnungs-

weise der Mess- und Abrechnungsentgelte widerspricht diesen Grundsätzen. Damit liegt in der vorgangsbezogenen Abrechnungsweise ein Verstoß gegen die Kalkulationsgrundlagen der Strom- bzw. GasNEV vor und infolgedessen auch ein Verstoß gegen § 30 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EnWG.

Ferner hat die vorgangsbezogene Abrechnungsweise der Entgelte für Messung und Abrechnung „Wechselgebührencharakter“. So führt jeder Wechsel des Netznutzers zu einem anderen Strom- bzw. Gasvertrieb zu einer erneuten Inrechnungstellung der Entgelte und damit zu einer erheblichen Verteuerung der Kosten des Vertriebs für die Anwerbung neuer Kunden. Der Betrag ist im Hinblick auf die relativ geringen Margen durchaus geeignet, Wettbewerber vom Eintritt in den Wettbewerb im Versorgungsgebiet des integrierten Unternehmens abzuhalten und verstößt daher auch gegen § 30 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 EnWG.

4 Entgelte für die Messung

Bei den Entgelten für die Messung ist lediglich eine Unterscheidung zwischen Kunden mit Leistungsmessung und Kunden ohne Leistungsmessung, differenziert nach dem jeweiligen Mess- bzw. Abrechnungsintervall, zulässig. Eine Unterscheidung nach der Art der Zähler bzw. Größe des Zählers ist hingegen nicht zulässig.

5 Kommunalrabatt nach § 3 KAV

Kommunalrabatte müssen bereits bei der Verprobung im Rahmen der Netzentgeltbildung zum 01.01.2016 berücksichtigt sein. Der „nachträgliche“ Ansatz von Kommunalrabatten über das Regulierungskonto ist nicht zulässig.

Im Versorgerportal Baden-Württemberg sind bei Gewährung eines Kommunalrabatts die entsprechend reduzierten Netzentgelte einzutragen. Eine lediglich zusammengefasste Darstellung der Höhe des Nachlasses ist nicht ausreichend. Für den Strombereich sind die Entgelte unter „Entgelte mit Preisnachlässen gemäß § 3 KAV“ in der Rubrik „sonstige Entgelte“ einzutragen; im Gasbereich unter „NNE mit Kommunalrabatt inkl. vgNK“.

Im veröffentlichten Preisblatt ist zumindest ein Hinweis auf die Gewährung eines solchen Kommunalrabatts und dessen Höhe, ggf. einschließlich einer Kennzeichnung der jeweiligen begünstigten Konzessionsgemeinden, aufzunehmen.

6 Konzessionsabgabe

Netzbetreiber müssen nach den Vorgaben des § 27 Strom- bzw. GasNEV die für das Netz geltenden Netzentgelte veröffentlichen. Bestandteil dieser Netzentgelte ist u.a. auch die Konzessionsabgabe. Der Netzbetreiber ist daher verpflichtet, in seiner Veröffentlichung der Netzentgelte auch die Höhe der jeweiligen Konzessionsabgabe im Netzgebiet aufzunehmen. Bei räumlichen Unterschieden ist darzulegen, in welchen Teilen des Netzgebietes welche Konzessionsabgabe zur Anwendung kommt. Dabei ist eine konkrete Angabe in ct/kWh erforderlich, schematische Angaben („höchste zulässige Konzessionsabgabe“) sind nicht ausreichend.

7 Gültigkeitsdatum

Bitte prüfen Sie vor der Übermittlung Ihrer Daten über das Versorgerportal Baden-Württemberg nochmals das Gültigkeitsdatum, ab welchem die Entgelte zur Anwendung kommen sollen. Dieses muss grundsätzlich auf den 01.01. lauten.

8 Besonderheiten für Stromnetzbetreiber

8.1 Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat im Rahmen der Festlegung zur § 19 StromNEV-Umlage vom 14.12.2011 (Az. BK8-11-024) angekündigt, eine Festlegung nach § 14a EnWG i.V.m. § 17 Abs. 8 StromNEV für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen zu treffen. Bislang liegt eine solche Festlegung noch nicht vor.

Für die Netzentgeltermittlung für das Jahr 2016 sieht die LRegB daher die nachfolgend dargestellten Grundsätze für die Berechnung der Netzentgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG für anwendbar an.

Die Entgelte in der Niederspannung für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG können, so die Empfehlung der LRegB

- a) mit einem **Nachlass von bis zu 80%, der in einem angemessenen Verhältnis zur Netzentlastung stehen muss**, gegenüber dem allgemein gültigen Netzentgelt angesetzt werden, wenn
- vertraglich und technisch sichergestellt ist, dass die Entnahmestelle ausschließlich in den Nachtstunden Strom aus dem Netz bezieht; wobei es insoweit ausreichend ist, wenn die Stromentnahme in den Nachtstunden messtechnisch gesondert erfasst und nur insoweit für die Nachtstunden die herabgesetzten Netzentgelte angesetzt werden (Elektrospeicherheizungen oder -wärmepumpen mit phasenbezogener Messung) und
 - die zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen der jeweiligen Netzebene nicht innerhalb der Nachtstunden liegt und damit die Jahreshöchstlast erheblich von der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen in der Netzebene abweicht
- b) mit einem **Nachlass von maximal 60%** gegenüber dem allgemein gültigen Netzentgelt angesetzt werden, wenn
- vertraglich und technisch sichergestellt ist, dass durch die Entnahmestelle eine Entnahme nicht innerhalb des Hochlastzeitfensters Winter¹ erfolgt; wobei eine vom Allgemeinstrom getrennte Messung erfolgen muss, nicht aber notwendigerweise eine phasenbezogene Messung, die zwischen Tag- und Nachtstunden unterscheidet (i.d.R. Elektrowärmepumpen) sowie
 - die zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen der jeweiligen Netzebene nicht innerhalb der Nachtstunden liegt und damit die Jahreshöchstlast der Entnahmestelle erheblich von der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen in der Niederspannung abweicht.

Eine wesentliche Erhöhung für die übrigen Netzkunden sollte vermieden werden.

¹ Zur Ermittlung des Hochlastzeitfensters Winter wird auf den die Festlegung der BNetzA zur Genehmigung individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV vom 05.12.2012 (BK4-12-1656) verwiesen.

8.2 Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV

Im Versorgerportal Baden-Württemberg sind bei Gewährung von Netzentgelten gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV die reduzierten Netzentgelte einzutragen. Es müssen dabei keine Kunden angegeben werden.

Die (geplanten) Erlöse aus der Erstattung der entgangenen Erlöse durch die Übertragungsnetzbetreiber aufgrund individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV und nach § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV sind in der Verprobungsrechnung als sonstige Erlöse (im Versorgerportal Baden-Württemberg einzutragen als sonstige Entgelte) zu berücksichtigen.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass unterbrechbare Versorgungsanlagen gemäß § 14 a EnWG nicht dazugehören (vgl. hierzu Ziffer 8.1 dieses Schreibens).

8.3 Straßenbeleuchtung

Gemäß § 18 Abs. 1 Satz 3 und 4 StromNZV i.V.m. § 17 Abs. 6 Satz 4 StromNEV kann bei öffentlichen Verbrauchseinrichtungen (insbesondere der Straßenbeleuchtung) die abgenommene Elektrizität auch rechnerisch ermittelt oder geschätzt werden, wenn die Kosten der Messung außer Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs stehen und diese Ermittlung von Arbeit und Leistung mit hinreichender Sicherheit zu vergleichbaren zuverlässigen Ergebnissen führt wie eine Leistungsmessung mittels Lastgangmessung. Davon ist insbesondere bei Straßenbeleuchtungsanlagen auszugehen, wenn deren Ein- und Ausschaltzeiten sowie die Leistung der eingesetzten Leuchtmittel bekannt sind und der Lastverlauf berechenbar ist. Soweit gemessene Arbeitswerte vorliegen, sollten diese grundsätzlich bei der Abrechnung berücksichtigt werden.

Die rechnerische Ermittlung der Leistungs- und ggf. der Arbeitswerte **muss** im Bericht nach § 28 StromNEV vollständig nachvollziehbar dargestellt werden. Dabei ist auch darzulegen, in welchem Umfang Leitungsverluste einbezogen wurden.

Sollte eine belastbare Datenbasis für eine zuverlässige rechnerische Ermittlung des Leistungswerts nicht vorliegen, scheidet eine Abrechnung der öffentlichen Straßenbeleuchtung auf Grundlage der Entgelte für leistungsgemessene Kunden aus. In diesem

Fall kommt folglich nur eine Abrechnung auf Grundlage der regulären Entgelte für Kunden ohne Leistungsmessung in Betracht.

Ergänzend weist die LRegB darauf hin, dass die Regelung des § 17 Abs. 2 StromNEV, wonach das Netzentgelt pro Entnahmestelle aus einem Jahresleistungspreis in €/kW sowie einem Arbeitspreis in ct/kWh besteht, auch für Anlagen der Straßenbeleuchtung anzuwenden ist. Ein hiervon abweichend ermitteltes „Sonder-Netzentgelt“ für an das Verteilernetz angeschlossene Anlagen der Straßenbeleuchtung sieht die Verordnung nicht vor. Der pauschale Ausweis eines reduzierten Arbeits- bzw. Mischpreises ist daher nicht vorzunehmen.

Bezüglich näherer Einzelheiten wird auf das Rundschreiben 2014/01 sowie den Fragen- und Antwortkatalog zu dieser Thematik verwiesen (abrufbar unter: <http://www.versorger-bw.de/versorger-in-baden-wuerttemberg/hinweise-erhebungsboegen> Stichwörter: Rundschreiben 2014/01 bzw. Straßenbeleuchtung).

8.4 Pooling

Die Festlegung der LRegB zur Abrechnung mehrerer Entnahmestellen mit zeitgleicher Leistung (Pooling) vom 02.12.2012 (Az. 6-4455.7/32) wurde mit Ablauf des 31.12.2013 aufgrund des Inkrafttretens der Neuregelung des § 17 Abs. 2a StromNEV unwirksam. Eine zeitgleiche Zusammenführung mehrerer Entnahmestellen zu einer Entnahmestelle zum Zwecke der Ermittlung des Jahresleistungsentgeltes ist nunmehr nur noch unter den Voraussetzungen des § 17 Abs. 2a StromNEV zulässig.

9 Besonderheiten für Gasnetzbetreiber

9.1 Sonderentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV

Sondernetzentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV sollten gemäß dem gemeinsamen Leitfaden der Regulierungsbehörden zur Ermittlung von Sonderentgelten nach § 20 Abs. 2 GasNEV kalkuliert und veröffentlicht werden.

Sofern ein Netzbetreiber Sondernetzentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV anbietet, deren Höhe nicht mindestens dem Leitfaden entsprechen, wird die LRegB im Rahmen der Ermittlung der Differenzbeträge des Regulierungskontos die Sondernetzentgelte

gem. § 20 Abs. 2 GasNEV in der Höhe ansetzen, die sich gemäß dem Leitfaden ergeben würden. Entsprechende Mindererlöse gehen zu Lasten des Netzbetreibers.

9.2 Netzentgelte inklusive vorgelagerter Netzkosten

Im Gasbereich sind die Netzentgelte inklusive vorgelagerter Netzkosten über das Versorgerportal zu übermitteln.

9.3 Entgelte aus abschaltbaren Gasnetzanschlussverträgen

Bereits genehmigte Sondernetzentgelte für abschaltbare Gasnetzanschlussverträge gemäß dem Rundschreiben der LRegB Nr. 2012/09 vom 08.10.2012 sind in die Verprobung einzubeziehen. Beantragte, aber noch nicht genehmigte Sondernetzentgelte sind nicht berücksichtigungsfähig. Eine Berücksichtigung ist ausnahmsweise dann möglich, soweit die LRegB im Rahmen einer Anhörung bereits eine Genehmigung in Aussicht gestellt hat.

Die Erlöse aus Netzentgelten aus abschaltbaren Gasnetzanschlussverträgen sind im Versorgerportal Baden-Württemberg als „Weitere Erlöse“ in der Rubrik „Sonstige Entgelte“ einzutragen. Die Berechnung dieser Erlöse ist in der schriftlichen Dokumentation der Entgeltbildung nachvollziehbar darzulegen. Dabei ist jeweils der Netzkunde, der reduzierte Leistungspreis, die Jahreshöchstlast, der Arbeitspreis und die Arbeitsmenge anzugeben.

9.4 Entgelte für den Messstellenbetrieb

Alle angebotenen bzw. verfügbaren Zähler – nicht nur solche, die tatsächlich nachgefragt bzw. eingebaut worden sind – sind im Versorgerportal und auf dem Preisblatt anzugeben. Es ist ferner zu beachten, dass sämtliche Zähler in das Versorgerportal einzeln einzutragen sind. Eine Zusammenfassung von Zählern in unterschiedlichen Größen mit gleichem Entgelt ist nicht möglich. Folglich ist jeweils auch die Zählergröße unter der Rubrik „Größe“ anzugeben und der entsprechende Zählertyp auszuwählen. Die Kategorisierung eines Zählers als „Sonstiges“ dürfte i.d.R. nicht geboten sein, da das entsprechende Auswahlmenü die gängigen Zählertypen weitestgehend abdecken dürfte. Vielmehr dient die Rubrik „Sonstiges“ beispielsweise der Erfassung von angebotenen Zusatzgeräten oder ähnlichem. Darüber hinaus ist ebenfalls die Zählerverfügbarkeit für Kunden mit bzw. ohne Leistungsmessung zu beachten und entsprechend anzugeben. In diesem Zusammenhang wird nochmals daran erinnert, dass

eine Übereinstimmung der Angaben im Versorgerportal und des veröffentlichten Preisblatts erforderlich ist.

9.5 Pooling Gas

Aufgrund des Fehlens einer Regelung in der GasNEV zur zeitgleichen Zusammenführung mehrerer Entnahmestellen zu einer Entnahmestelle zum Zwecke der Ermittlung des Jahresleistungsentgeltes, sieht die LRegB ein Pooling im Gasbereich als bislang nicht zulässig an. Eine analoge Anwendung des § 17 Abs. 2a StromNEV für Gasnetzbetreiber dürfte nur bei besonderer Konstellation einschlägig sein.

Je nach Sachverhalt kann jedoch über die Regelung des § 20 Abs. 2 GasNEV eine Zusammenfassung mehrerer Entnahmestellen erreicht werden.

Für weitere Fragen stehen Ihnen Ihr/e jeweilige/r Sachbearbeiter/-in (Frau Maier - 1247, Herr Gesell -1248, Frau Pross -1243 und Frau Kloster -1249) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Maier

Anlage 1: Prüfliste für die Anpassung der Erlösobergrenzen (§ 28 Nr. 1 ARegV)

1. Wurden nachvollziehbare Berechnungen und geeignete Nachweise für die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten beigelegt?
2. Wurde der Verbraucherpreisgesamtindex auf 106,6 angepasst?
3. Wurden die Planansätze (Menge und Entgelte) für die Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen erläutert?
4. Entspricht die Summe der eingespeisten Menge abzüglich ggf. von Verlustenergiemengen der Menge laut Verprobungsrechnung?
5. Wurden separate Berechnungen der vermiedenen Netzentgelte anhand der jeweiligen Vermeidungsarbeit und -leistung (nur Strom) angesetzt?
6. Wurden die Planansätze (Menge und Preisansatz) für die Kosten für die Nachrüstung von Wechselrichtern § 10 Abs. 1 SysStabV erläutert (nur Strom)?
7. Ist der Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers zum Jahresabschluss 2014 beigelegt (jeweils getrennt für Strom und Gas)?

Anlage 2: Prüfliste für die Ermittlung der Netzentgelte (§ 28 Nr. 3 und 4 ARegV)

1. Schriftliche Dokumentation der Ermittlung der Netzentgelte beigelegt?
2. Stimmen die Entgelte des veröffentlichten Preisblatts mit den Entgelten im Versorgerportal überein?
3. Wurden die Entgelte für Messsysteme i.S.v. § 21d Abs. 1 EnWG angegeben?
4. Wurden die Entgelte für Messung und Abrechnung für Kunden ohne Leistungsmessung auch für monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Mess- und Abrechnungsintervalle angegeben?
5. Stehen die Entgelte für Messung und Abrechnung bei einem monatlichen Mess- und Abrechnungsintervall im Vergleich zu einem jährlichen Mess- und Abrechnungsintervall in einem angemessenen Verhältnis?
6. Stehen die Entgelte für Messung und Abrechnung für Kunden ohne Leistungsmessung bei einem monatlichen Mess- und Abrechnungsintervall im Vergleich zu den Entgelten für Messung und Abrechnung für die Kunden mit Leistungsmessung in einem angemessenen Verhältnis?
7. Bestehen zeitraumbezogene Abrechnungsentgelte (€/a)?
8. Entgelte für die Messung nur differenziert nach dem jeweiligen Mess- und Abrechnungsintervall?

9. Sind bei den Entgelten für den Messstellenbetrieb alle Zähler mit Angaben der jeweiligen Zählergröße (Rubrik „Größe“) und des Zählertyps (Rubrik „Zählertyp“) im Versorgerportal einzeln angegeben (nur Gas)?
10. Wurden bei eventuell gewährten Netzentgelten gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV die reduzierten Netzentgelte im Versorgerportal angesetzt (nur Strom)?
11. Sind die reduzierten Entgelte bei Gewährung eines Kommunalrabatts im Versorgerportal angegeben und ist der Kommunalrabatt veröffentlicht?
12. Wurde die Höhe der konkreten Konzessionsabgabe (ct/kWh) veröffentlicht?
13. Entsprechen die Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG den Grundsätzen oder Empfehlungen dieses Rundschreibens der LRegB, insbesondere hinsichtlich dem Nachlass von maximal 60% bzw. 80% sowie dem Erfordernis keiner wesentliche Netzentgelterhöhung für die übrigen Netzkunden (i.d. R. max. 5%) (nur Strom)?
14. Erläuterung der rechnerischen oder geschätzten Ermittlung der abgenommenen Elektrizität öffentlicher Verbrauchseinrichtungen (Straßenbeleuchtung) (nur Strom)?
15. Sind Erlöse aus der Erstattung der entgangenen Erlöse durch die Übertragungsnetzbetreiber aufgrund individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 1 Satz 1 StromNEV und nach § 19 Abs. 1 Satz 2 StromNEV verprobt (nur Strom)?
16. Sind gesonderte Netzentgelte nach § 19 Abs. 3 StromNEV in der Verprobung aufgeführt und im Preisblatt veröffentlicht?

17. Sind gesonderte Netzentgelte nach § 20 Abs. 2 GasNEV in der Verprobung aufgeführt und im Preisblatt veröffentlicht?
18. Sind die genehmigten Entgelte für abschaltbare Verträge (Gas) in der Verprobung aufgeführt und ist deren Ermittlung in der Dokumentation der Entgeltbildung dargestellt sowie veröffentlicht?
19. Sind die Netzentgelte inklusive vorgelagerter Netzkosten im Versorgerportal angegeben (nur Gas)?
20. Stimmt die in der Zusammenfassung des Versorgerportals angegebene Erlösobergrenze mit der angepassten Erlösobergrenze aus dem Erhebungsbogen § 28 Nr. 1 ARegV überein?
21. Beträgt die Abweichung zwischen der Erlösobergrenze und den verprobten Erlösen unter $\pm 1\%$?
22. Gültigkeitsdatum im Versorgerportal auf den 01.01. gesetzt?